

**Vorlage
für die Sitzung
des Landesjugendhilfeausschusses der Freien Hansestadt Bremen
am 16.12.2021**

TOP 7

Bericht zum aktuellen Stand der präventiven Beratungsarbeit im Projektverbund des Demokratiezentrum Land Bremen

A. Problem

In seiner Sitzung am 09.09.2020 bat der Landesjugendhilfeausschuss das Demokratiezentrum darum, die präventive Beratungsarbeit vorzustellen.

Handlungsleitend für die Umsetzung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ ist der Dreiklang „Demokratie fördern. Vielfalt gestalten. Extremismus vorbeugen.“ Die Projektarbeit findet im Kontext dynamischer gesellschaftlicher Entwicklungen statt. Aktuelle politische Geschehnisse, jugendkulturelle Trends und öffentliche Diskurse beeinflussen die fachliche Ausrichtung und polarisieren das Arbeitsfeld. In der Covid-19-Pandemie wurden antisemitisch konnotierte Verschwörungserzählungen verbreitet (Bill Gates bzw. jüdische Weltherrschaft als Aufhänger). Antiasiatischer Rassismus hat im Kontext der Corona-Krise stark zugenommen („das China-Virus“, Stigmatisierung asiatisch aussehender Menschen als Infizierte).

Menschenfeindliche Agitationen, Grenzüberschreitungen bis hin zu Hassverbrechen - analog und digital - fordern den Projektverbund des Demokratiezentrums auf unterschiedlichen Ebenen heraus. Beispielhaft zu nennen sind die „Pulverbriefe“, Brandanschläge in Bremen und im Umland, Aktivitäten der Parteien „Die Rechte“ und „Der Dritte Weg“ in Bremerhaven sowie religiös begründete demokratiefeindliche Propaganda.

Beratungsanfragen unterschiedlichster Zielgruppen richten sich an den Projektverbund des Demokratiezentrums: Kinder und Jugendliche, deren Eltern, Familienangehörige und Bezugspersonen, junge Erwachsene, ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe und an anderen Sozialisationsorten Tätige, Multiplikator:innen sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Handlungsfeld der Demokratieförderung und Demokratiebildung. Entsprechend der dynamischen gesellschaftspolitischen Entwicklung verändern sich die Beratungsanfragen und damit auch die Beratungspraxis. Die Anpassung der Arbeitsansätze und die Einhaltung der Qualitätsstandards in der Beratungsarbeit sind, besonders in Zeiten starker Polarisierung, eine besondere Herausforderung.

Trotz des Projektcharakters des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ sind verlässliche Strukturen notwendig, die Vertrauen stiften, insbesondere für Personen, die von Menschenfeindlichkeit betroffen und teilweise großen Verunsicherungen ausgesetzt sind. Über den aktuellen Stand der präventiven Beratungsarbeit wird im Folgenden berichtet.

B. Lösung

Mit Beratungs- und Bildungsarbeit sowie Fortbildungen wird Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bzw. islamistischem Extremismus und Muslim*afeindlichkeit in Bremen und Bremerhaven begegnet. Der Projektverbund des Demokratiezentrum umfasst fünf Beratungsstellen:

Als Ausstiegs- und Distanzierungshilfe für das Land Bremen begleitet die Beratungsstelle *Sichtwechsel* (Perspektive Ausstieg e.V.) Menschen, die sich von extrem rechten Einstellungen und entsprechenden Handlungen distanzieren möchten und/oder aus organisierten extrem rechten Strukturen aussteigen wollen. Der Trägerwechsel, dem der LJHA in der Sitzung am 17.06.2021 zugestimmt hat, wurde umgesetzt und die Beratungsarbeit am 01.09.2021 aufgenommen.

Das *Mobile Beratungsteam* (LidiceHaus) berät zu Anliegen und Fragen in den Themenfeldern Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie zu weiteren Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ziel der Arbeit ist es, engagierte Menschen zu unterstützen, eine demokratische Kultur zu leben und sich antidemokratischen Entwicklungen und menschenfeindlichen Geschehnissen als Akteur:innen einer solidarischen Zivilgesellschaft entgegenzustellen.

Soliport (LidiceHaus) berät, unterstützt und begleitet Menschen, die aufgrund von Kriterien wie Aussehen, Sprache, Wohnungslosigkeit, Religion oder emanzipatorischer Haltung angefeindet oder angegriffen werden.

keine-randnotiz.de recherchiert und dokumentiert rechte, rassistische und antisemitische Gewalt und Aktivitäten in Bremen, Bremerhaven und Umgebung. Ziel des Projekts ist es, rechte Gewalt im Land Bremen sichtbar zu machen. Neben der Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist die Solidarität mit den Betroffenen ein wesentlicher Aspekt des Projekts. Die Website ist ein unabhängiges Dokumentations- und Webprojekt der Betroffenenberatungsstelle soliport und des Mobilien Beratungsteams.

Das *Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben e.V.* bietet ein Beratungsangebot für LSBTIQ*-Geflüchtete und -Migrant:innen an. Es richtet sich damit insbesondere an Menschen, die Erfahrungen mit rassistischer und homo-/trans*/inter*feindlicher Diskriminierung und Gewalt machen mussten oder müssen.

Die Fach- und Beratungsstelle *kitab* richtet sich an Eltern, Angehörige und Fachkräfte, die in einer Auseinandersetzung mit Aspekten eines religiös begründeten Extremismus stehen. Die Mitarbeiter:innen bieten Distanzierungsbegleitung und Unterstützung an, auch für die sich radikalisierenden Personen selbst.

Zur Gewährleistung einer verlässlichen und bedarfsorientierten Beratungsarbeit entwickelt und dokumentiert das Demokratiezentrum zusammen mit den Beratungsstellen Qualitätsstandards. Grundlegend für alle Beratungsangebote im Projektverbund des Demokratiezentrum ist, dass diese vertraulich, für die Beratungsnehmenden kostenfrei, niedrigschwellig, gendersensibel und auf Wunsch anonym gestaltet werden.

Der Projektverbund des Demokratiezentrum Land Bremen steht für eine menschenrechtsorientierte Haltung, leistet Hilfe zur Selbsthilfe und gestaltet die Beratungstätigkeit angepasst an die Bedürfnisse der Beratungssuchenden. Jede Beratungsstelle arbeitet mit einem eigenständigen Arbeitsansatz. Die zugrundeliegenden Qualitätsstandards werden durch die jeweiligen Dachverbände (Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt; Bundesarbeitsgemeinschaft „Ausstieg zum Einstieg“ e.V.; Bundesverband Mobile Beratung e.V.; Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus) festgelegt.

Die Beratungsstellen dokumentieren und evaluieren ihre Tätigkeiten sowohl tägerintern als auch in Zusammenarbeit mit dem DJI. Eine jährlich stattfindende Praxisreflexion zwischen Beratungsstelle und Demokratiezentrum sowie Qualitätsklausuren, die zweimal im Jahr durchgeführt werden, haben sich bewährt und ermöglichen eine Überprüfung und Weiterentwicklung der Qualitätsstandards. Regelmäßige Fortbildungen und Supervisionen tragen zur Sicherstellung einer professionellen Beratungsarbeit bei.

Zu den Arbeitsschwerpunkten gehört die Ausrichtung von Fachveranstaltungen. Vorträge und Workshops für Personen, die auf unterschiedliche Weise mit Menschenfeindlichkeit konfrontiert sind, helfen bei der Sensibilisierung und erreichen Signalgeber:innen. In diesem Jahr fanden zwei große Fachtage statt. Zum Thema „Dimensionen des antimuslimischen Rassismus. Wirkungsweisen verstehen – Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.“ fand im Juni eine hybride Veranstaltung statt. In Zusammenarbeit mit dem Kooperationsverbund „Verantwortung übernehmen im Norden“ wurde im November der digitale Fachtage „Strategien gegen Rechtsextremismus in der Diskussion“ durchgeführt, um Bilanz aus 20 Jahren Zusammenarbeit der Partner:innen der fünf norddeutschen Bundesländern zu ziehen.

Die bundespolitische Debatte um das Demokratiefördergesetz wird in der neuen Legislaturperiode weiterzuführen sein. Mit der Verabschiedung eines Gesetzes wäre ein wichtiger Schritt zur Verankerung der Arbeit zur Demokratieförderung, Vielfaltsgestaltung und Extremismusprävention sowie der Verstetigung des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ getan.

C. Alternativen

Es werden keine Alternativen empfohlen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Mit der Berichterstattung sind keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden. Die Beratungsangebote des Bundesprogrammes „Demokratie leben“ richten sich an alle Menschen, Genderaspekte werden bei der Umsetzung beachtet.

E. Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

G. Beschlussvorschlag

1. Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Der Landesjugendhilfeausschuss fordert das Demokratiezentrum dazu auf, über die Weiterentwicklung des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ regelmäßig zu berichten.